

Teil A:**EINLEITUNG**

Große Teile der deutschen Bevölkerung sind besorgt über die zukünftige Entwicklung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Sie fürchten, entweder im Alter mit wesentlich geringeren Renten auskommen zu müssen als sie nach gegenwärtiger Rechtslage erwarten dürfen oder aber - falls sie dann noch erwerbstätig sind - mit stark steigenden Beitragssätzen belastet zu werden. Ursache dieser Befürchtungen ist die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung, die in den nächsten Jahrzehnten zu einem zunehmenden Anteil der Personen im Rentenalter und einem abnehmenden Anteil der Personen im Erwerbsalter führen wird. Damit müssen künftig mehr Rentner von einem Beitragszahler unterstützt werden als bisher. An dieser Situation ist durch die Rentenreform im Jahr 1992 nichts Grundsätzliches geändert worden. Die aus der erwarteten demographischen Entwicklung erwachsenden Belastungen, die bis dahin allein von den Beitragszahlern zu tragen gewesen wären, wurden lediglich teilweise auf Rentner und Steuerzahler umverteilt. Es bleibt daher eine lohnende Aufgabe, nach Instrumenten zu suchen, die eine wirkliche Reduzierung der zukünftigen Belastungen bewirken. Ziel dieser Arbeit ist es zunächst, solche belastungsreduzierenden Instrumente zu identifizieren und sie anschließend hinsichtlich ihrer Kosteneffizienz, d.h. hinsichtlich der zur Erreichung einer jeweils gleichen Reduzierung der zukünftigen Belastungen der Gesetzlichen Rentenversicherung aufzuwendenden Kosten, miteinander zu vergleichen. Dazu wird die Arbeit in drei inhaltliche Teile untergliedert.

In Teil B wird einführend erläutert, welche Zusammenhänge zwischen den Bestimmungsfaktoren der Finanzlage der umlagefinanzierten Gesetzlichen Rentenversicherung, d.h. zwischen Beitragssatz, Rentenniveau und demographischen Variablen, bestehen. Anhand der prognostizierten Entwicklung dieser Einflußfaktoren werden dann die für die Mitglieder der Gesetzlichen Rentenversicherung zu erwartenden Belastungen herausgearbeitet. Anschließend werden verschiedene Ansätze diskutiert, die zur Lösung dieser "demographischen Krise" der Gesetzlichen Rentenversicherung vorgeschlagen wurden. Der einzige Weg, der eine tatsächliche Reduzierung der Belastungen erwarten läßt und nicht nur eine Umverteilung bewirkt, ist ein Ansatz an der Ursache des Problems, d.h. an der demographischen Entwicklung. Eine Beeinflussung der Bevölkerungsstruktur in für die Finanzlage der Gesetzlichen Rentenversicherung vorteilhafter Weise ist auf zwei Wegen möglich: erstens über eine Steigerung der Geburtenrate durch einen Ausbau des Kinderlastenausgleichs und zweitens über eine Erhöhung der (Netto-)Einwanderung. Welche Kosten diese beiden Instrumente jeweils verursachen wird in den Teilen C und D dieser Arbeit untersucht. So kann im Schlußteil eine vergleichende Gegenüberstellung der Kosteneffizienz einer Ausweitung des Kinderlastenausgleichs und einer Erhöhung der Einwanderung erfolgen, aus der dann eine Politikempfehlung ableitbar ist.

Zunächst wird in Teil C dieser Arbeit auf das Instrument des Kinderlastenausgleichs eingegangen. Anhand der neoklassischen Theorie der Fertilität wird analysiert, ob eine Beeinflussung der Geburtenrate über eine Verstärkung des Kinderlastenausgleichs überhaupt erreicht werden kann und welche finanziellen Mittel gegebenenfalls für die Erreichung eines bestimmten Geburtenanstiegs aufzuwenden wären. Dazu werden die Bestimmungsfaktoren der Fertilitätsentscheidung herausgearbeitet, ihre empirischen Größenordnungen bestimmt und

Implikationen für die Gestaltung des Kinderlastenausgleichs abgeleitet. Darauf aufbauend wird anschließend mit Hilfe verschiedener Methoden eine Wirkungsanalyse des Kinderlastenausgleichs durchgeführt und so schließlich die Kosteneffizienz dieses Instruments bestimmt.

In Teil D der Arbeit wird eine Verstärkung der Einwanderung als Instrument zur Reduzierung der künftigen Probleme der Gesetzlichen Rentenversicherung untersucht. Für die absehbare Zukunft kann davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Einwanderungswilligen größer sein wird als die Aufnahmebereitschaft des Einwanderungslandes. Deshalb stehen hier nicht wie bei der Analyse des Kinderlastenausgleichs die Kosten im Vordergrund, die durch die Schaffung von Anreizen zu höherer Fertilität hervorgerufen werden, sondern die Wirkungen, die durch die im Vergleich zu den Einheimischen andersartigen Charakteristika der Einwanderer entstehen. Dazu zählen als Primärwirkungen neben dem Einfluß der Einwanderer auf die Arbeitsmarktsituation und die Kapitaleinkommen der Einheimischen die Wirkungen, die sich durch die umverteilende Staatstätigkeit ergeben, sowie in langfristiger Perspektive die Auswirkungen auf die Produktivitätsentwicklung. Auch auf Sekundärwirkungen der gegenüber den Einheimischen andersartigen Merkmale der Einwanderer wird kurz eingegangen. Aus der Kosten-Nutzen-Analyse der Einwanderung wird abgeleitet, welche Merkmale die Zuwanderer aufweisen müssen, um für die Einheimischen möglichst günstige Wirkungen zu entfalten und welches Instrument der Einwanderungspolitik daher besonders vorteilhaft ist. Schließlich wird die Kosteneffizienz einer verstärkten Einwanderung untersucht.

Bei dem abschließenden Vergleich des Kinderlastenausgleichs und einer verstärkten Einwanderung werden die Kosteneffizienzen der beiden Instrumente einander gegenübergestellt. Das Ergebnis des Vergleichs bildet die Grundlage für eine Politikempfehlung.